# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1558
Girokasse Riesa Nr. 52.

**№ 277.** **Donnerstag, 29. November 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis,** gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 24.11. bis 30.11. 1000 Milliarden M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Noch keine Klärung.

**Stegerwald beim Reichspräsidenten.**

)( **Berlin.** Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat sich **Stegerwald** gestern abend zum Reichspräsidenten begeben und mit ihm die Lage besprochen. Das Ergebnis der Besprechungen lautet, daß **Stegerwald sich bereit erklärt** hat, seine Bemühungen zu einer Kabinettsbildung **fortzusetzen.**

)( **Berlin.** Die Verhandlungen der Parteien über die Bildung des neuen Reichskabinetts waren auch gestern noch nicht abgeschlossen. Die Bemühungen gehen jetzt dahin, auch die **Demokraten** in die bürgerliche Koalition einzubeziehen. Die Demokraten machen ihren Eintritt in die Koalition von der Fortführung der bisherigen Richtung der äußern Politik und davon abhängig, daß die Regierungszusammensetzung in **Preußen** den Fraktionen des preußischen Landtags überlassen bleiben soll. Man glaubt, daß es **Stegerwald gelingen** werde, innerhalb der nächsten 24 Stunden ein Kabinett zu bilden, in dem **alle fünf** bürgerlichen Parteien **vertreten** sein werden.

)( **Berlin.** Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die **demokratische** Reichstagsfraktion nach längerer Sitzung einen Beschluß gefaßt, wonach die Fraktion, nachdem von den Deutschnationalen die Frage der Regierungsbildung im Reich mit der Frage der preußischen Regierungsbildung verquickt und dadurch eine neue Verzögerung und Beunruhigung geschafft sei, die Weiterverhandlungen zwischen den Fraktionen ablehne und sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgesehenen Wege, also auf dem Wege der Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ausersehenen Persönlichkeit, beteiligen werde.

Wie weiter aus parlamentarischen Kreisen verlautet, herrscht auch beim **Zentrum** die Anschauung vor, daß zu einer **Aenderung der Koalition in Preußen kein Anlaß** vorliegt.

**Die Bildung eines bürgerlichen Blocks gescheitert?**

)( **Berlin.** Nach Ansicht des „Berl. Tagebl.", der „Voss. Ztg." und des „Vorwärts" sind nach den Erklärungen der Deutschnationalen und der demokratischen Reichstagsfraktion über ihre Stellung zur Frage der Regierungskoalition in Preußen die Verhandlungen der Parteien über die Bildung eines Bürgerblocks im Reiche als **gescheitert** zu betrachten. Auch die Kanzlerkandidatur Stegerwalds sei damit erledigt. Zum Gegensatz hierzu steht die Auffassung des „Berl. Lokananz.", der meldet: Nach Abschluß der gestrigen Fraktionsberatungen im Reichstage begab sich **Stegerwald** in den Abendstunden zum Reichspräsidenten zu einer Unterredung über den Stand der Dinge in der Kabinettsfrage. Ausdrücklich wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß Stegerwald in dieser Besprechung nicht erklärt hat, er könne den Auftrag zur Kabinettsbildung, den er ja formell noch gar nicht übernommen hat, infolge der neuen Lage nicht ausführen. Dem „Vorw." zufolge denkt man jetzt an eine **Regierung** der Arbeitsgemeinschaft **der Mitte**, die von der Sozialdemokratie geduldet werden soll.

Nach einer Erklärung der **deutschnationalen** Reichstagsfraktion hat diese beschlossen, die deutschnationale Fraktion im preußischen Landtage zu bitten, nochmals an die bürgerlichen Parteien des preußischen Landtages mit der Frage heranzutreten, ob diese Parteien geneigt seien, die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Preußen umgehend herbeizuführen. Von der Antwort bleibt die Endentscheidung der Reichstagsfraktion abhängig. Die deutschnationale Fraktion des Landtages hat beschlossen, der Bitte zu entsprechen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich jedoch bereit erklärt, die vorbereitenden Verhandlungen betreffend die Reichsregierung weiterzuführen.

*

**Die Regierungskrise und die Pariser Presse.**

)( **Paris.** Die lange Dauer der deutschen Regierungskrise wird auch in Paris mit Unbehagen verzeichnet. Niemand weiß, wie die neue Regierung aussehen und welche Haltung sie bei den Verhandlungen mit den Industriellen der besetzten Gebiete einnehmen wird, auf welche sich jetzt das Hauptinteresse der französischen Politik richtet. Das Scheitern der Kandidatur Albert wurde erwartet; die Presse bezeichnet das Mißlingen dieser Kombination als einen persönlichen Mißerfolg des Reichspräsidenten. Eine Regierung mit Herrn Stegerwald als Kanzler wird als eine weitere Wendung nach rechts betrachtet. In einigen Blättern wird ausgesprochen, daß eine entschiedene Rechtsregierung mit etwa Herrn Hergt an der Spitze vielleicht das Beste für Frankreich wäre, da sie den wahren Gedanken des Landes ausdrückt und Frankreich zu einer „klaren Politik" nötigen würde. Am **meisten willkommen** und am meisten gefürchtet zugleich — je nach dem politischen Standpunkt einer Zeitung — würde die **Rückkehr Stresemanns als Kanzler oder Außenminister** sein. Die Zahl der Blätter nimmt zu, in denen Stresemanns politisches Bestreben **nachträglich** anerkannt wird.

## Erneute Tumulte im Sächsischen Landtag.

flk. **Dresden**, 28. November.

In der heutigen Sitzung wurde die **Beratung über die kommunistischen Anträge und Anfragen** betreffs der **Reichswehr** fortgesetzt. **Gleich als** der erste Redner deutschnationaler Abg. **Kaula** an das Pult getreten war, setzte ein ungeheurer **Lärm der Kommunisten** und eines Teiles der Sozialdemokraten ein. Redner führt u. a. aus: Wenn man wie gestern es erleben mußte, daß deutsche Volksgenossen sich bemühen, alles, was uns Deutschen heilig ist, herunterzureißen, dann möchte man sich schämen, dieser Volksgemeinschaft anzugehören. So viel an nationalem Bewußtsein müßte jeder Deutsche aufbringen, nicht eine Institution wie die Reichswehr, auf die wir alle stolz sind, in dieser Weise zu verleumden. Alles sei aufgedeckt worden, ohne Beweise dafür zu erbringen. Die Reichswehr ist gekommen, um unser Volk vor dem Roten Schrecken zu bewahren. (Anhaltender Lärm und Kichern links.) Die von der Reichswehr verhafteten Leute waren schon längst durch ihr Treiben bekannt, es bedurfte keiner Denunziation. Wenn Lehrer vom Schlage Schnellers heute auf unsere Kinder losgelassen werden, dann ist es kein Wunder, wenn der ehrenwerte Lehrerstand immer mehr an Ansehen verliert. Durch die unerhörten Angriffe auf die Reichswehr will man den **Fall Zeigner übertönen.** Diese Spekulation wird sich aber nicht durchführen lassen. (Zuruf: Frecher Bursche!) Der Präsident bittet die äußerste Linke, mehr Ruhe zu bewahren, wenn sie noch etwas Bildung besäße. Solche niedrige Aeußerungen (wie „Mistvieh") seien bisher in diesem Hause nicht üblich gewesen. Wenn die Reichswehr eingegriffen habe und teilweise sich auch zu Mißhandlungen hinreißen ließ, so sei dies erst geschehen, nachdem sie in unerhörter Weise provoziert worden war. Die gerügten derben Schimpfworte dürfte die Reichswehr gebraucht haben, das sei aber kein Wunder, wie gehe es in diesem Hause zu, wo selbst Minister, wie Schwarz, sich solcher Ausdrücke, wie: Lausejunge, Strolch!, bedienten. Wenn die Reichswehr diese Töne nachahme, um in ein besseres Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung zu kommen (Heiterkeit), so dürfe man ihr das nicht übel nehmen.

Abg. Dr. **Schneider** (DVp.): So weit sich die vorgebrachten Anklagen gegen die Reichswehr bestätigen sollten, würde dies von seiner Partei lebhaft bedauert werden. Nach der Blamage, die sich die Linke in der letzten Zeit geholt habe, benütze sie die günstige Gelegenheit, die Oeffentlichkeit davon abzulenken. (Abg. Siewert, Komm.: Sie sind ja besoffen! Ordnungsruf.) Nach den Plänen der Kommunisten wäre es auch in Sachsen, wie es in Hamburg geschehen ist, zum Bürgerkrieg gekommen, wenn die Reichswehr nicht erschienen wäre. Das Herz der Bevölkerung stehe auf Seiten der Reichswehr. Wie es dem Kriegsminister Neuring und einzelnen Reichswehrleuten ergangen sei, sei bei der Truppe unvergessen. (Großer Tumult links, Zurufe: Sie sind ein ganz gemeiner Kerl! Verleumder! Schuft! Gegenrufe: Raus mit der Gesellschaft! Da sich der Präsident mit dem Hammer keine Ruhe verschaffen kann, läßt er die Saalhupe ertönen. Präsident Winkler: Andere Rufe als Ordnungsrufe und gütliches Zureden stehen mir nicht zu Gebote, sie nützen aber nichts und Selbstzucht üben die Herren nicht. **Ich fordere Sie auf, Ihre ungezogenen Redensarten zu unterlassen.** Sie müssen sich daran gewöhnen, Ordnung zu halten, **sonst suchen Sie sich einen anderen Präsidenten.** Ich danke für die Ehre, dauernd in einem solchen Hause zu präsidieren.)

Abg. Dr. **Dehne** (Dem.): Auch seine Partei verurteile die vorgekommenen Mißgriffe. Was die Minister als amtliches Material vorgetragen hätten, seien nur einseitige Angaben, nicht das Ergebnis objektiver Untersuchung. Der vom Ministerpräsidenten gehaltenen Rede könne nicht zugestimmt werden. Die Reichswehr sei von der ihr in Sachsen zugewiesenen Aufgabe nicht erbaut. Auch heute liege noch die Notwendigkeit der Anwesenheit der Reichswehr vor. Erst müsse die Polizei so stark sein, daß sie den Staatsbürgern den erforderlichen Schutz gewähren kann und die Leitung müsse in objektive gerechte und in saubere Hände gelegt werden. **Die Regierung muß zu einer Verständigung mit der Reichswehr kommen.** Freilich wird die Regierung die wilden Männer, die sich noch in ihrer Mitte befinden, zurückhalten müssen, es sind die Männer, die die Haßpolitik Zeigners weiter mitunterstützten und womöglich ihren Herrn und Meister darin noch übertrafen. (Minister Liebmann tritt ganz nahe an das Rednerpult.) Auch Sie, Herr Liebmann, sowie Herr Fleißner scheinen mir nicht geeignet zu sein, mit der Reichswehr zusammen Mittel und Wege zu suchen, wieder verfassungsmäßige Zustände in Sachsen herbeizuführen.

Abg. **Müller**-Leipzig (Soz.) spricht sich **gegen die Reichswehr** im Sinne der Kommunisten aus.

Ministerpräsident **Fellisch** verteidigt seine Ausführungen im Reichstag. Weiter erklärt er, die Regierung Stresemann habe die sächsische Regierung um Hilfe gegen Bayern ersucht.

Abg. **Böttcher** (Komm.) machte den Präsidenten darauf aufmerksam, daß die in der gestrigen Sitzung in Zivil anwesenden Berichterstatter des Generalleutnants Müller sich nur bei den Ausführungen der Kommunisten Notizen gemacht hätten, es käme dabei kein objektiver Bericht zustande.

Präsident **Winkler:** Die Sitzung ist öffentlich, wer eine Karte besitzt, hat das Recht, hier anwesend zu sein.

Hierauf findet ein **Antrag auf Schluß der Aussprache** gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien Annahme. Die Anträge werden teils angenommen teils abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung über den demokratischen **Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Landtages** sowie auf **Abänderung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten.**

Abg. Dr. **Reinhold** (Dem.): Der Antrag soll dem Präsidenten die Möglichkeit geben, die Ordnung in diesem Hause aufrecht zu erhalten. Eine Begründung des Antrages erübrigt sich nach den Vorkommnissen des letzten und des heutigen Tages.

Abg. **Lieberasch** (Komm.) behauptet, die sogenannten kommunistischen Rüpeleien (Ruf: Sehr richtig! Heiterkeit), die den Anlaß zu diesem Antrage gegeben hätten, sollten nur die Einführung einer Polizeiordnung im sächsischen Landtage verdecken, durch die die Vertreter der Arbeiterschaft mundtot gemacht werden sollen. Der sozialdemokratische Präsident und seine Partei bewiesen durch ihren Ruf nach der Polizei, daß sie ganz auf dem Boden des Bürgertums stünden.

Präsident **Winkler:** Ich habe absichtlich den Redner nicht unterbrochen, um durch Verbreitung dieser Rede zu beweisen, daß wir doch nicht die schlechten Präsidenten sind, die die Freiheit des Wortes unterbinden wollen.

Abg. **Bünger** (DVp.) schließt sich den Ausführungen Dr. Reinholds an.

Abg. **Günther** (Dem.) erinnert daran, daß noch nie in diesem Hause mit solchen Mitteln gekämpft worden sei, wie sie die Kommunisten anzuwenden pflegten.

Der Antrag geht mit dem Zusatzantrag Bünger an den Rechtsausschuß.

Der öffentlichen Sitzung folgt eine vertrauliche, in der über den kommunistischen Antrag auf Einleitung von Verhandlungen mit der Regierung der russischen sozialistischen Sowjetrepublik betreffs **Brotkredite für Sachsen** beraten werden soll. Die vereinigten Haushaltsausschüsse beantragen, den Antrag abzulehnen.

Die nächste Sitzung findet voraussichtlich erst in übernächster Woche statt.

**Verhandlungen mit dem Mannesmann-Konzern.**

Die „Köln. Ztg." meldet aus Düsseldorf: Seit gestern werden Verhandlungen zwischen dem **Mannesmann-Konzern** und der Micum über den Abschluß eines Vertrages im Rahmen des geschlossenen Hauptabkommens geführt. Die Verhandlungen beziehen sich nicht nur auf die Kohlenwirtschaft, sondern auch **auf alle dem Konzern angeschlossenen Hütten und Industrien.** Inzwischen ist von der Micum die Genehmigung erteilt worden, mit sofortiger Wirkung **täglich 2500—3000 Tonnen Kohlen,** also etwa 3 Züge, **nach Holland** abrollen zu lassen. Die Zulassung dieser Lieferung bedeutet, daß etwa **acht Schachtanlagen wieder in Gang gesetzt** werden können.

Nach einer Havas-Meldung aus Koblenz sind im Rahmen des allgemeinen Abkommens vom 24. November **Sonderabmachungen** mit folgenden Firmen getroffen worden: Thyssen, Gutehoffnungshütte, Mannesmann, Emscher-Lippe, Konstantin der Große, Harpener und Heinrich Ueberrhr. Die Verhandlungen mit den Braunkohlensyndikaten werden fortgesetzt. Hinsichtlich der **Reparationslieferungen** und der **Kohlenfeuer** sei mit den Syndikaten **eine Verständigung erzielt** worden.

**Französische Wünsche für ein Abkommen zwischen Frankreich, England und Belgien.**

* **Paris.** Die Repko wird sich in ihrer Sitzung am Freitag, wie hier mit Bestimmtheit verlautet, **nur mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands befassen.** Die Diskussion über die Angelegenheit der Verwendung der durch die letzten Ruhrabschlüsse zustandegekommenen Naturalleistungen ist vorläufig verschoben worden. Die französische Presse spricht am Mittwoch abend fast einstimmig den Wunsch aus, daß es zu einem **gemeinsamen Abkommen zwischen Frankreich, England und Belgien** kommen möchte, insbesondere in den folgenden 3 Punkten: 1. Einigung über die gemeinsamen Maßnahmen zur Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen, 2. gemeinsamer Zusammenschluß der Sicherheiten der betreffenden Länder, besonders der gemeinsamen Abwehr gegen die zunehmenden Gefahren der Luft, 3. gemeinsamer Zusammenschluß zum Schutze gegen **die Gefahren der deutschen Industrie** und Vornahme gemeinsamer Handelsbeziehungen zu Deutschland.

**Die Verhandlung im Londoner Auswärtigen Amt.**

* **Paris.** Die Ergebnisse der Londoner Verhandlungen, an denen bekanntlich auch Bradbury teilgenommen hat, werden hier mit besonderem Interesse verfolgt. Soviel bis jetzt mit Bestimmtheit verlautet, wurden zwei Hauptteile der schwebenden Probleme verhandelt. Bezüglich der **Beteiligung Englands** an der **Ausbeutung des Eisenbahnnetzes** ist von dem englischen Exporten vorgeschlagen worden, daß sich England an der Verwaltung mit Belgien und Frankreich beteiligen solle. Viel schwieriger soll aber die Lösung der Frage bezüglich der **Verwertung der Einnahmen** aus den letzten Vereinbarungen mit den rheinisch-westfälischen Industriellen gewesen sein. Da England entschlossen ist, die Besetzung der Ruhr auch weiterhin als eine unrechtmäßige Handlung zu betrachten, würde es darauf bestehen, daß die Naturaleinnahmen und die Einnahmen aus Beschlagnahmungen aus dem Ruhrgebiet einfach der Reparationskommission zugeführt werden, die dieselben beschlagnahmt. Es wird hier betont, daß Lord Curzon die Einberufung einer Reihe von Konferenzen herbeiführen will, um damit die Untersuchung der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung aufs neue zu beginnen und endlich **die ganze Angelegenheit vor das Haager Schiedsgericht** zu bringen. In **Frankreich** ruft diese Politik Englands eine **große Beunruhigung** hervor und man erwartet die Verhandlungen der nächsten Tage mit großem Pessimismus. Immerhin macht man darauf aufmerksam, daß jedenfalls definitive Beschlüsse der Reparationskommission nicht gefaßt werden können, bevor sich nicht die deutsche Ministerkrise geklärt haben wird.

**Das österreichische Opferwerk für Deutschland.**

)( **Wien.** Im Finanz- und Budgetausschuß, der gestern den Antrag Seitz (Soz.) betr. eine **Spende von 10 Milliarden Kr. für die Notleidenden in Deutschland** verhandelte, wies Bundeskanzler Dr. Seipel auf die allgemeine Hilfstätigkeit des österreichischen Volkes für die Notleidenden in Deutschland hin und erklärte, auch künftig würden